

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 206. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.
Zweite Ausgabe
Dienstag, 4. Mai 1909.

Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 2649/1909.
Verantwortl. Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Aus der Türkei.
Auf eine kriegerische Verfügung ist das Erscheinen des Konstantinopeler Blattes „Kam“, dessen Verleger und Chefredakteur gestiftet hat, suspendiert worden. Es ist festgestellt worden, daß die Meuterei in Marine-Ministerium und der Mannschaft des Marinebataillons und militärischen Marineoffizieren ausgeht, das sie auch gegen den Marine-Minister geübt war und an ihr sich einige Marinepolitisten beteiligten.

Um die durch die Meuterei in den Vilajets Adana und Aleppo erregte Unruhen zu beruhigen, haben an der am 2. Mai in Konstantinopel abgehaltenen, zehntägigen Versammlung der ersten Ministern des Sultans, Minister Ruz, ferner Nispi und Enver Bey sowie der Deputierten die türkischen Minister zufolge bewilligte der Minister an der Spitze von Adana und Maras eine Unterabteilung von 30 000 Mann und beschloß die Entsendung von Konstantinopel gebildeten Kriegsgeschiedenen. Nach einer Depesche des Wali von Adana befreit sich die Lage.

Später erfahren wir noch aus Konstantinopel unterm Mai: Die von wohlunterrichteter Seite verlautet, beschloß der Minister, dem höchsten Teil des Vilajets Yemen die Autonomie zu erteilen, um den künftigen Unruhen unter den Arabern ein Ende zu machen. Mit Rücksicht auf die einträgliche Werbung, daß in den Vilajets Erzurum, Diarbekir und Erzingan ähnliche Meutereien wie in Adana vorgefallen seien, wurde an die dortigen Behörden der Befehl erteilt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Dieser Befehl der Minister, zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Bekämpfung der Schulden sieben-tausend Mann makedonischer Truppen nach Adana zu entsenden. — In amtlichen Kreisen gilt die Ernennung Hilmi's zum Großvezier für unmittelbar bevorstehend. Der gegenwärtige Befehl des Kabinetts wird jedoch außer dem Wechsel des Großveziers nur zwei Veränderungen erfahren, von denen die eine in der Ernennung des Vize-Vizeiers zum Großvezier zum Vizepräsidenten besteht.

Die türkische Deputationen in Anmer überwiegt die Delegation betreffend eine sechsprozentige Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund der Finanzkommission und trat sodann in die allgemeine Vorberatung über die Verfassungsänderung ein. Von Seiten der Bulgaren und Griechen wurde gegen Artikel 1 der Verfassung protestiert, welcher als Bestandteil des Osmanischen Reiches den Islam angibt. Der Bulgare Dschifschewi wendete sich gegen den Artikel 2 des Gesetzes, der in seiner jetzigen Form einen Teil des absolutistischen Charakters darstelle und befragte die Abstammung des Senats oder die Wahl seiner Mitglieder durch die Bevölkerung. Der Präsident sollte überamt mit, es sei ein Telegramm des persischen Botschafters in Konstantinopel eingegangen, in welchem mitgeteilt wird, der Vize-Vizeier habe telegraphisch nachkommen wollen, daß der Senat die Einberufung des Parlaments beschließen sollte. Die Verlesung des Telegramms wurde von dem Vize-Vizeier begleitet; von mehreren Seiten wurde gerufen: Was hat unser Vizeier bewirkt! Das Quasi trat sodann in die Verhandlung der einzelnen Artikel des Verfassungsentwurfs ein. Der Erwiderung auf die durch den türkischen Botschafters in Wien erfolgte Notifizierung der Thronbesteigung des Sultans Mahmud, von der der österreichische Kaiser Franz Josef Akt nahm, wurde, wie der Wiener „Politische Korrespondenz“ erzählt, die österreichische Botschaft in Konstantinopel beauftragt, der Fürst die Bitte der österreichisch-ungarischen Regierung für das Wohl des Sultans und den Erfolg seiner Regierung auszusprechen.

Die Redaktionschefs laufen noch folgende Telegramme an und ein:

Frankfurt a. M., 3. Mai. Aus Konstantinopel wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Die Verhandlungen der Fürsten der Osmanischen Bank und der Deutschen Bank über einen Anleihe von 300 000 Pfund wurden bis jetzt. Man bringt diese Verhandlungen mit dem getriggen Fund einer Anzahl von Aktien mit Gold und fünf Pfund zu scheitern. Die Verhandlungen werden heute von der Kommission für die Anleihe im Fortschritt überwiegen.

Konstantinopel, 3. Mai. Die heute in der Kammer verlesene gefasste Verfassungsrevision umfasst in ihren Hauptpunkten folgende Bestimmungen: Der Sultan wird unmittelbar nach der Thronbesteigung vor dem Parlament erscheinen und die Verfassung und das Scherke. Er ernennt und entläßt die Beamten und den Chef al-Islam. Der Großvezier wird der Kammer, das zuerzichten nur, wenn die Kammer einen Antrag auspricht. Wird die Kammer aufgelöst, so wird innerhalb dreier Monate Neuwahlen stattfinden. Die Kammer wird aufgelöst. Gegen die Verfassung oder die Verfassung des Senats gerichtete Vereinigungen sind unterzagt. Die Kammer eine Regierungsvorlage zweimal ablehnt, wird sie aufgelöst, wenn jedoch die neue Kammer die Regierungsvorlage ab lehnt, so ist deren Entscheidung verbindlich. Die Session dauert sechs Monate. Der Senat besteht aus 100 Mitgliedern, von denen ein Drittel vom Sultan ernennt, ein Drittel von der Kammer gewählt werden, und zwar für einen Zeitraum von zwei Jahren. Die Senatssitzungen sind öffentlich. Das Recht des Sultans, hoheitsrechtliche Personen in die Verbannung zu schicken, wird aufgehoben.

Konstantinopel, 3. Mai. Die auswärts verbreitete Meldung, daß man in türkischen Kreisen ganz sicher eine Abänderung der Thronbesteigung zugunsten des Sohnes des neuen Sultans Zia Eddin erwarte, ist vollkommen unbegründet. — Der österreichisch-ungarische Kreuzer „Zenta“ ist vom Pirat nach Mexiko abgegangen.

Deutsches Reich.
* Der heute zusammengetretene Seniorensenat des Reichstages will dem Plenum vorschlagen, ausgenommen heute, Dienstag, in der laufenden Woche keine Sitzungen abzuhalten und die Finanzkommission in ihrem Wünsche unterliegen, ihre Arbeiten möglichst rasch abzuschließen.

* Die Abfahrt der Majestäten von Korfu nach Malta ist auf den 9. Mai vormittags festgesetzt. Die Abkunft in Malta erfolgt am 10. Mai morgens 9 Uhr, die Abfahrt von Malta nach Brindisi am 11. Mai morgens.

* Das Kaisertelegramm an den König von Bulgarien. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Einige Wäiter beifolgtigen sich mit dem von Sr. Majestät dem Kaiser an den König von Bulgarien gerichteten Telegramm wider der Annahme, daß dieses Telegramm durch die offizielle Berichterstattung unterdrückt worden sei. Zu einer solchen Unterdrückung hätte kein Anlaß vorgelegen. Der Wortlaut des Telegramms ist wie irtümlichen Vermutungen gegenüber ausdrücklich festgestellt. Sr. Majestät von der anhängen Stelle vorgelesen worden. Der „Berliner Lokalztg.“ schreibt: Die aus Sofia eingehenden Nachrichten der bulgarischen Presse über das Gläubigerschicksal, das der Kaiser an dem König Ferdinand gerichtet hat, sind darnach angetan, Verwunderung hervorzufragen. Der unbenannte Verfasser vermag in dem Eingang des Telegramms nichts anderes zu erkennen, als den Ausdruck des Bedauerns in die Unmöglichkeit der bulgarischen Regierung. Sollte in Berlin ein Zweifel in dieser Richtung bestehen, so wäre nach unserer Meinung die Absendung des Telegramms überhaupt nicht möglich gewesen. Bei näherer Prüfung wird die bulgarische Presse zweifellos erkennen, daß ihre Aufregung grundlos gewesen ist. Diese Annahme erhebt sich umsonst, als noch uns vorliegenden Nachrichten die bulgarische Regierung die missverständliche Auffassung der Sofiaer Presse feindseligkeit teilt.

* Dem Reichsanwalt Fürsten v. Bülow sind zu seinem Geburtstag von allen Seiten Glückwünsche in außerordentlich großer Zahl zugegangen. Aus Korfu traf ein Telegramm ein, in dem der Kaiser den Fürsten in warmen Ausdrücken beglückwünscht und ihm seines Vertrauens versichert. Als Geburtstagsgeschenk ließ der Kaiser dem Reichsanwalt sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift zugehen. Ferner gratulierten die Fürsten des künftigen Jahres, der Großherzogin von Bayern, Prinz Ludwig von Bayern, der Großherzogin Anita von Baden, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Großherzog von Oldenburg, der Herzog von Braunschweig, der König von Rumänien und andere Fürstlichkeiten. Die Zahl der einlaufenden Telegramme und Briefe aus dem Inn- und Ausland ist unübersehbar.

* Zum Tode des Freiherrn von Wittnadt. Der „Bürgerzeitung“ Staatsanzeiger“ schreibt zu dem Tode des früheren Ministerpräsidenten Freiherrn von Wittnadt: Mit dem Freiherrn von Wittnadt scheidet aus dem Kreise der Lebenden wohl der letzte der deutschen Staatsmänner, die an der Gründung des Deutschen Reiches in leitender Stellung unmittelbaren Anteil genommen haben, ein in seiner Persönlichkeit selbst denkwürdiger Junge seiner großen Zeit, in der er seinen Heimatland wie dem ganzen deutschen Volke in seinem Teil überaus wichtige und wertvolle Dienste geleistet hat. Es scheidet mit ihm ein Minister, der Jahrzehnte lang auf die Geschicke des Reiches einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat wie wenige vor ihm. Diese Tatigkeit beherrschte eine einundachtzigjährige Laufbahn, die die Fäden und der Stolz Württemberg gewesen ist.

* Zum Streit zwischen Krankeisen und Netzen in Köln. Unter dieser Überschrift etwas geht in den letzten Tagen ein Bericht aus Köln durch die Tagespresse, welcher beginnt: „Zum Streit zwischen dem Kölner Krankeisenwerk und dem dortigen „Herzverein“ veranlaßt diese eine Erklärung, in der eine Verurteilung des Krankeisenwerkes zune. Wätsche des Krankeisenwerkes und der Allgemeinheit gefordert wird, damit es den Kräfte ermöglicht werde, ihren Pflichten unabhängig von den Dröben und dem Willen einer einseitigen Stabesvertretung nachzukommen.“ Es wird weiter Einpruch erhoben gegen die Tätigkeit der hiesigen sowie der fremdländischen Kräfte. Dagegen besteht der „Kölner Krankeisenwerk“ lediglich aus dem, zum großen Teil von auswärts bezogenen Kräfte, welche sich gegen die eingesehene Kölner Krankeisenwerk der Krankeisenwerk zur Verfügung gestellt haben. Der „Kölner Krankeisenwerk“ geht also mit dem dortigen Krankeisenwerk Hand in Hand, und so ist es ohne weiteres erklärlich, daß es sich in einer öffentlichen Verhandlung gegen die hiesige und sonstige Organisation der Deutschen Krankeisenwerk wendet. Zu der letzteren steht der „Kölner Krankeisenwerk“ in keiner Beziehung.

Die „Holl. Ztg.“ hatte von dem Kölner Krankeisenwerk an die Presse eine Note geschickt, weil die zum mindesten unklare Fassung derselben geeignet war, zu falscher Auffassung zu verleiten.

Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 3. Mai, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Bever, Raumann.
Die zweite Lesung des

Aufsetzels
wird beim Kapitel Universitäten fortgesetzt.
Abg. Hakenberg (ntl.) bittet um Erstattung einer Professur für Neurechtlich in Berlin.
Abg. v. Raumann-Grohenborn wünscht einen Lehrstuhl für Stolentropfen in Berlin.

Ministerialdirektor Raumann sagt Prüfung zu.
Abg. Lufensack (ntl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gieshoff über Professor Silliger zum Zahnärztlichen Institut in Berlin. Die Gutachten, auf die Abg. Gieshoff sich berufen hat, seien mehrere Jahre alt.
Abg. Gieshoff (fr. Sp.): Ich habe nur die Ansichten von Sachverständigen vorgelesen. Die Wichtigkeit dieser Gutachten ist mir erst vor einigen Tagen bekannt von einem Herrn, der wahrscheinlich mit dem Verfasser der Gutachten identisch ist. Die Ansichten über die wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Silliger sind also gefehlt.
Weim Titel „Zufuß“ für die Universität in Greifswald“ wünscht.

Die Abg. v. Hennigs-Tschin (konj.) und Neuwald (konj.) einen Neubau für die Kinderklinik in Greifswald, deren jetzige Zustände jeder Verbesserung bedürftig sind.
Weim Titel „Zufuß“ für die Universität in Breslau“ sagt Abg. Straßer (konj.) über unzureichende Nummernschätze in allen Preussischen Universitätsgebäude. Auch an Interdisziplinär fehlen es. Jeder bessere Zahnärztliche habe mehr Instrumente als das ganze Zahnärztliche Institut.
Ministerialdirektor Raumann plant, so sähmum könne es doch nicht sein.

Weim Titel „Universität Kiel“ bedauert:
Abg. Hoff (fr. Sp.) die Zurücklegung der Universität Kiel gegenüber anderen Universitäten. Auch das Kieler Zahnärztliche Institut sollte zu mindigen Höhe.
Weim Titel „Universität Würzburg“ bemängelt
Abg. Dr. Lehmann (ntl.) die Inzulänglichkeiten der Räume der Würzburger Universitätsbibliothek und fordert Abstellung der Mängel in den nächsten Etat.

Abg. v. Negelein (konj.) schließt sich diesen Ausführungen an und fordert ferner eine Erweiterung des dortigen Anatomischen und einer Verbesserung des Physiologischen Instituts.
Abg. Dr. Schröder-Kaßler (ntl.) äußert sich in gleichem Sinne und verlangt Erstattung eines Schriftsatzes für soziale Medizin in Würzburg. Bei den medizinischen Prüfungen müsse auf die soziale Medizin mehr Gewicht gelegt werden. Minister sollte habe die Erstattung des erdachten Schriftsatzes bereits zu befehlen.

Weim Titel „Universität Münster“ fordert
Abg. v. Oescher (konj.) den notwendigen Ausbau der Universität Münster. Die heute erst eine Siebenadelt-Universität ist. Die medizinische Fakultät insbesondere bedürfe der Verwirklichung. Der Geldpunkt dürfe nicht mangelnd sein, um so weniger, als die Kosten erst in einigen Jahren im Etat zur Erreichung kommen würden. Der Staat habe der Universität Münster gegenüber eine moralische Verpflichtung, da er seinerzeit einen Teil des Ministerialden „Studienfonds“ — einer wohlthätigen Stiftung, aus der die frühere Universität Münster unterhalten wurde — zur Begründung und Ausgestaltung der Universität Bonn verwendet habe.

Abg. Schuchting (Zentr.) der Ausbau der medizinischen Fakultät in Münster zu einer vollen Fakultät muß so sicher kommen wie im Reich die Finanzreform. (Schallende Heiterkeit.)
Geheimrat Dulacquer erwidert, daß Anregungen wegen Ausbaus der medizinischen Fakultät in Münster vom Kultusministerium an das Finanzministerium nicht gelangt seien. Die Provinz Westfalen habe große Bedeutung für den Staat. Aber das gegenwärtige Abmangel der Staatskraft wäre doch nicht gut zu heilen. Im übrigen müsse man bei Wünschen auf Studienangelegenheiten sich auch verwegemäßigten. Das man nicht das geistige Proletariat vermehren dürfe. (Oho!)

Der zweite Regierungskommissioner betont, die Ausgestaltung der Universität Münster werde ernstlich geprüft ohne Rücksicht auf die Finanzlage. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß die Verwirklichung im letzten Jahre zurückgegangen sei.
Abg. v. Oescher: Die wehrstarke Bewegung der Bevölkerung beweist nicht, die Bevölkerung in Münster wird auch wieder in die Höhe gehen. Die Bemerkung, die Vernehmung der Universitäten führe zur Steigerung des geistigen Proletariats, wäre zum mindesten verfehlt. (Lebh. Zustimmung.) Wird die Ausgestaltung der Universität Münster nicht durchgeführt, so würden einfach viele Studenten fort in Münster in Bonn oder Berlin studieren. (Sehr wahr!)

Abg. Borgmann (Soz.) verurteilt die Steigerung der Zinsen und Pflegen in der Charite zu Berlin. Diese Kostenüberhöhung werde gerade unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen in weiten Kreisen immerhin empfunden.
Ministerialdirektor Raumann: Zugucken ist, daß zwei Millionen für innere Krankeisen augenblicklich mangelhaft untergebracht sind. Dröben sind aber jetzt vorhanden im Ganzen, die noch nicht beendet sind. Wir können hier nur schrittweise vor gehen mit den Bauten. Diese beiden Millionen, die jetzt im Bau begriffen sind, betragen 125 Millionen entfallen.

Abg. v. Armin (konj.): Die Einzelgebäude des Abg. Borgmann hat der Kommisar besprechend zurückgegeben. Der größere Teil der Charite ist bereits als Neubau hergestellt. Wenn in dem noch nicht umgebauten Teil nichts alles so ist wie in einem Neubau, so ist dies doch nicht auffällig. Die Charite Berlin hat über 100 000 Kranke in der Nacht umschiffen, ein großes Opfer, das die übrigen Steuerzahler zu begleichen haben. Die Charite kostet dem Staat jährlich mindestens 1 1/2 Millionen. Die

